

ziologischer Massen“ müsse eine Kirche der reflektierenden Gruppe angestrebt werden. Die Kirche soll sich nicht in interne Probleme verlieren, sondern sich der Probleme des Volkes annehmen. Diese Kurzanalyse wurde auch in die 25 Endresolutionen aufgenommen. Dort wurde jedoch auch über die Entwicklung von Evangelisierungsmethoden gesprochen, die für das einfache Volk, das weder lesen noch schreiben kann, angepaßt sind und die vor allem auf die realen sozialen Fragen wie Hunger, Armut, Landbesitz, Gesundheit etc. abgestimmt werden. Für 1978 ist in João Pessoa eine dritte Nationale Zusammenkunft geplant, auf der die hier erwähnten Punkte nochmals ausführlich studiert werden sollen.

Diese Zusammenkunft wird jetzt bereits durch Seminare in allen Bundesstaaten Brasiliens, mit Ausnahme von Rio Grande do Sul, vorbereitet.

Diese Seminare haben zum Ziel, die alltägliche Realität der Welt und Umwelt der Basisgemeinden genauer zu analysieren und zu überlegen, was von der Basis aus zur Befreiung der unterdrückten Volksmasse unternommen werden kann. Es sind Ansätze vorhanden, die darauf hinweisen, daß die Bewegung der Basisgemeinden von einer „populistischen Theologie“ geprägt wird. Hier geht es vor allem um die Rückbesinnung auf die unter der einfachen Bevölkerung vorhandenen *sozialen und religiösen Grundwerte*. Die unverbrauchten, positiven Grunderfahrungen des Volkes können in den Basisgemeinden konkret angewandt werden.

6. Widerstände in Kirche und Politik

Nicht alle Bischöfe in Brasilien sind glücklich über die Entwicklung der Bewegung der Basisgemeinden. Die brasilianische Kirche darf diesbezüglich nicht als ein „Einheitsblock“ gesehen werden.

Eine kleine, rechtsgerichtete Gruppe von Bischöfen wehrt sich grundsätzlich gegen die Bewegung der Basisgemeinden. Es ist freilich eine Gruppe von Bischöfen, die Rom näher steht als der Papst selbst. Sie wird von konservativen und teilweise durchaus antiklerialen Kreisen unterstützt, die die Kirche bloß als Schutz der Tradition sehen. Diese Gruppe hat mit integralistischen Bewegungen, auch außerhalb Brasiliens, Verbindung. Sie besitzt zur Zeit einen wichtigen ideologischen Einfluß auf die Regierung und den Militärapparat.

Vorbehalte haben aber auch gemäßigt konservative Bischöfe. Kardinal *Vicente Scherer* von Porto Alegre hat sich z. B. ziemlich negativ über die Nationalen Zusammenkünfte in Vitória geäußert, so daß der Erzbischof von Vitória, *Dom João Batista da Mota e Albuquerque*, nicht den Mut hat, die dritte Zusammenkunft dieser Art in seiner Diözese zu organisieren. In seinen Diffamierungskampagnen gegen „kommunistische Bischöfe“ brachte der bekannte, dem rechtsextremen Gedankengut zuneigende Bischof *Proença Sigaud* (Diamantine) im Februar 1977 auch die Basisgemeinden ins Spiel (vgl. *Jornal do Brasil*, 4.5.77; *Sedoc* 9/1977, S. 1261–1334).

In seinen Anschuldigungen über kommunistische Infiltration in der brasilianischen Kirche behauptet er:

„Die kirchlichen Basisgemeinden haben einen befremdenden Weg eingeschlagen und können sich im Kern zu einem Linksaufstand entwickeln.“ Als Konsequenz fordert Sigaud: „Die Regierung muß die kirchlichen Basisgemeinden verbieten. Sie können unter der Leitung linker Bischöfe zu einem Pulverfaß werden.“ Die Anschuldigungen von Dom Sigaud haben in der brasilianischen Kirche große Aufregung hervorgerufen. Es wurde energisch gegen die wenig brüderlichen Äußerungen protestiert. Es ist jedoch als sicher anzunehmen, daß die oben erwähnte Gruppe von Bischöfen hinter diesem Teil des Angriffes von Dom Sigaud steht. Um so mehr, da sie auch in ihrer eigenen Diözese diese Art von Basisgemeinschaften nicht entstehen lassen.

Auf seiten der Regierung sind die Behauptungen von Dom Sigaud nicht ohne Erfolg geblieben. Der brasilianische Geheimdienst (SNI) legt zur Zeit Akten über Priester und Bischöfe an, die in der SNI-Kartei bisher noch nicht erfaßt waren. Anhand eines Fragebogens werden über die Personen die ersten Informationen gesammelt. Die dritte Frage auf dem Fragebogen bezieht sich auf das Bemühen des Priesters oder des Bischofs mit den Basisgemeinden. Die Regierung sieht die Arbeit der Basisgemeinden mit großem Mißtrauen und befürchtet, daß die Kirche für das Militärregime zu einem „Pulverfaß“ werden kann. Die Kirche will sich dabei keineswegs auf gefährliches politisches Glatteis begeben, das läge auch absolut außerhalb ihres Auftrages. Was sie will, ist Freiheit für die Neugestaltung der Kirche und für die Verkündigung des Evangeliums, die auf der Höhe der Zeit und der menschlichen Probleme ist.

Gottfried Deelen

Kirche und Indianerfragen

Den Freiheitsbewegungen der letzten Jahrzehnte auf allen Kontinenten haben sich die Indianervölker als letzte große Völkergruppe angeschlossen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Kanada hat die Menschenrechtsbewegung nach der schwarzen Bevölkerung auch die in-

dianischen Völker erreicht. Sie versuchen ihre Rechte vor allem über die vorhandenen Gesetze zu verteidigen. In Lateinamerika haben die Indianer die Auseinandersetzung um ihre Identität und ihren Kampf um Landrechte erst vor wenigen Jahren systematisch begonnen. Sie wenden

sich dabei gegen die Alternative „Integration oder Ausrottung“ und die Expansionsbewegungen der Wirtschaftskonzerne und Machtpole. In dieser Situation leisten die Kirchen und ihre Institutionen teilweise wertvolle, partnerschaftliche Orientierung, teilweise aber bleiben sie dem alten paternalistischen System verhaftet. Die Europäer, immer noch wichtige Beteiligte im personalen und materiellen Bereich, können sich der Problematik nicht entziehen. Der politisch-wirtschaftliche Ansatz der Integrationspolitik bedarf kritischen Hinterfragens. Der theologisch-soziale Ansatz der Befreiung in Lateinamerika braucht Konkretisierung, Erläuterung, um nicht aus europäischem Begriffsverständnis mißverstanden zu werden.

Emanzipationsbewegung?

Diesem Ziel diene eine Arbeitstagung des „Ökumenischen Ausschusses für Indianerfragen“, des offiziellen Organs des Deutschen Katholischen Missionsrates und des Evangelischen Missionswerkes. Die Tagung fand vom 6. bis 9. Dezember 1977 in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim statt. Sie stand unter dem Titel „Menschenrechte der Indianer und missionarische Verantwortung der Kirchen in Lateinamerika“. Unter dem Vorsitz des Missiologen Prof. *Arnulf Camps* OFM (Nijmegen) entstand ein Dialog der Vertreter der Kirchen und der Indianer, der Theologen und Ethnologen, wie er in diesem Aufgabenfeld in Europa bisher wohl selten geführt worden ist.

Dr. *Grünberg*, maßgeblicher Organisator der beiden wegweisenden Kongresse für Indianerfragen auf Barbados, daher Barbados I (1971) und Barbados II (1977) genannt, erinnerte in seinem Einleitungsreferat an den ersten Versuch in Barbados im Jahre 1971, auf dem noch vorwiegend Ethnologen über die Situation der Indianer gesprochen hatten. Die damalige Forderung der Deklaration von Barbados, die Indianer als Wegbereiter ihres eigenen Geschickes aufzufassen, hat sich in wenigen Jahren konkretisiert. Seit 1971 habe eine gesellschaftspolitische Mobilisierung der Indianer stattgefunden. Die Erkenntnis, Subjekt eigener Kultur und Träger eines antikolonialen Freiheitskampfes zu sein, habe unter den Indianern zu einer emanzipatorischen Bewegung im ethnisch-kulturellen und religiösen Bereich und zu einer sozio-ökonomischen Bewegung im wirtschaftlichen und politischen Bereich geführt.

Die zweite Barbados-Konferenz im Juli 1977 wurde zu einem indianischen Konsultationstreffen, bei dem die Ethnologen nach Aussage Grünbergs nur noch beratende Funktionen gehabt hatten. Die II. Erklärung von Barbados wendet sich jetzt direkt an die „indianischen Brüder und Schwestern“ und stellt ihre Situation einerseits dar als eine existentielle Unterdrückung durch Landraub, wirtschaftliche Beherrschung und andererseits als eine kulturelle Unterdrückung durch manipulierte Integrationsprozesse in eine sich überheblich gebärdende, sog. fortschrittliche Zivilisation. Dabei ist an diesem Dokument der Schritt von einem kritischen zu einem strategischen Bewußtsein be-

merkenswert. Zur Erreichung des Nahzieles, „Verwirklichung der Einheit des indianischen Volkes“, wird der Aufbau einer politischen Organisation der Indianer, die Formulierung einer kohärenten, klaren Ideologie, die Bildung einer Befreiungsbewegung, die Schaffung eines internen Kommunikations- und Informationssystems gefordert. Formen der Unterstützung auf internationaler Ebene werden ebenso bedacht wie Ansatzpunkte für Analyse und Organisation.

Es fällt auf, daß in diesem Dokument im Gegensatz zur ersten Barbados-Erklärung die Kirchen und die Missionare nicht mehr erwähnt werden. Allgemein werden „die westlichen Religionssysteme“ als Spaltungselement neben Bildungs- und Integrationspolitik genannt. Hier stellt sich dem Betrachter die Frage, ob die Kirchen schon von der Diskussion um die Probleme der „indianischen Brüder und Schwestern“ ausgeschlossen sind.

In der Gruppendiskussion wurde darauf hingewiesen, daß Barbados eine *Abstraktion* darstellt. Abstrakte Begriffe bergen Gefahren, wenn sie nicht immer wieder an der konkreten Situation überprüft werden. Begriffe wie „Identität“, „Integration“, „Emanzipation“ sind politische Begriffe. Dahinter stehe bereits eine Ideologie. So diene der Begriff „Integration“ der brasilianischen Regierung, um den Indianern den letzten Rest Land wegzunehmen und sie als billige Arbeitskräfte zu vermarkten. Die Behauptung, daß die Indianer ihre Identität verloren hätten, beruhige letztlich die Gewissen der Weißen.

Wie die Kirche gesehen wird

In die Fragestellung nach der „missionarischen Verantwortung gegenüber den grundlegenden Notwendigkeiten der Indianer“ führte der Präsident der Föderation der Shuar-Indianer, Ekuador, *Chiriap Domingo Antun*, ein. Antun stellte die Grundelemente seiner eigenen indianischen Religiosität vor, die prinzipiell für viele indianische Religionen gültig sind. Er kontrastiert diese religiöse Wirklichkeit mit Praktiken von Missionaren als Mitarbeitern der Eroberer, die einen „besseren“ Gott predigten und dabei nur das Gefühl der Bedrückung und Unterwerfung auslösten. Diese Fragwürdigkeit wird vor Augen geführt, ohne zugleich mit den Missionaren den „fremden Gott“ anzuklagen, im Gegenteil: „Mit dem gekreuzigten Christus kreuzigten sie den Indianer.“ Antun differenzierte für die heutige Zeit zwischen „traditionellen“ und „progressiven“ Missionaren, zwischen denen, die einen Zustand der „Ausbeutung“ und des Sich-Aufdrängens fortsetzen, und denen, die bereit seien, an der Selbstbefreiung der Indianer mitzuarbeiten. Er machte die Fortsetzung des Dialogs davon abhängig, ob die eigenen religiösen Werte Anerkennung finden. Denn sonst sei die Religion des Christentums nur ein politisches Werkzeug, die Indianer zu unterdrücken.

In seinem Referat „Die heutige Mission angesichts des Neokolonialismus“ wies Prof. *Meliá Bartolomé SJ* (Para-

guay) auf Gefahren und *Möglichkeiten heutiger Dialogmission* hin. Er grenzte zunächst Kolonialismus gegen Neokolonialismus ab und versuchte zu zeigen, daß ein Missionar, der die Eigenständigkeit der Indianer bewußt ernst nimmt, unbewußt dennoch in dieses Netz geraten kann, etwa wenn er sich in seinen Reflexionen und Vorgehensweisen nicht um Unabhängigkeit von westlichen kulturellen und politischen Ideologien bemüht. Er wies dann auf einen heute schon von Missionaren beschrittenen Weg hin, der es im Hören auf die Stimme der betroffenen Indianer selbst möglich macht, von neokolonialistischen Implikationen frei zu werden. „Viele Missionare bekehren sich zu den Ansprüchen der Indianer und distanzieren sich so von den Kompromissen mit den Kolonialherren. Das erreichen sie nicht so sehr durch Reden und Theorien, sondern durch eine neue Art der praktischen Mission, in der die Erfahrung und Kenntnis der Heiligkeit der Gemeinschaft als ein Vor-Evangelium gewertet wird.

Der Missionar heute will nicht notwendigerweise Programme durchführen, sondern Träger einer Mission sein, die im Dialog unter Menschen gelebt wird und nicht ‚tiefer‘ stehende Leute belehrt.“

Wie einst Petrus mußten sich viele Missionare nochmals bekehren, sonst müsse sich die Kirche ihren Einsatz verbieten. Die Definition eines Indianerhäuptlings für Weiße: „Menschen, die nicht zu beten wissen“, dürfe niemals auf Missionare zutreffen.

Samuel Ruiz, Bischof von San Cristóbal de las Casas (Mexiko) wies in seinem Vortrag „Die Aufgabe der Kirchen im Zusammenhang mit den Menschenrechten der Volksminderheiten in Lateinamerika“ einleitend darauf hin, daß Gespräche dieser Art, wie sie in Arnoldsheim geführt würden, in Lateinamerika immer gefährlicher würden. Dort habe man die Verwandlungskraft des Evangeliums, das Revolutionierende der Frohbotschaft wiederentdeckt, als man die Situation der Armen im Licht des Evangeliums analysierte. Das hat die Machthaber zu oft radikalen repressiven Maßnahmen gebracht. Die *ethnischen Minderheiten* sind für Bischof Ruiz die eigentlich Armen, weil sie zweifellos „im Keller des sozialen Systems wohnen“, nicht ans Licht kommen dürfen und nur dann als Problem gesehen werden, wenn sie zufällig durch eine Lücke im Nachrichtenwesen bekannt werden oder die Neugier von Ethnologen wecken. Wir hätten oft auf tragische Weise „Christentum“ mit „westlicher Kultur“ gleichgesetzt, das Aufgeben der indianischen Kultur verlangt unter Mißbrauch des Begriffes „Bekehrung“. Die Kirchen untereinander hätten sich bekämpft, Proselytenmacherei betrieben und so Unfrieden in die indianischen Völker getragen. Diese Zersplitterung sei heute noch Hemmschuh und nütze dem herrschenden System.

Aufgabe der Kirchen sei es, den Skandal der *Zersplitterung* zu überwinden. Dabei müßten die Kirchen vereint gegen ein Gottesbild angehen, das Gott zum Beschützer und Autor eines ausbeutenden Systems macht, in dem (vorwiegend) Gehorsam, Unterordnung und Resignation gegenüber Ungerechtigkeiten verlangt wird. Die Kirchen

müßten gegen die in Lateinamerika vorherrschende Ideologie der „Nationalen Sicherheit“ vorgehen und die Verbindung der entstandenen Befreiungsprozesse unter den Indianern als einen Dienst auffassen. Die Kirchen dürften allerdings nur eine Plattform anbieten, Informationen vermitteln, z. B. die wertvollen Informationen, die die verschiedenen Entwicklungshilfe-Organisationen über Lateinamerika besitzen. Den Prozeß künstlich beschleunigen zu wollen wäre Manipulation.

Ein Dienst unter Gefahren

Den Dienstcharakter kirchlichen Engagements unter den indianischen Völkern unterstrich auch P. Egidio Schwade SJ, Sekretär des Indianermissionsrates (CIMI) der Brasilianischen Bischofskonferenz. Das Ziel sei Förderung des Dialoges unter den Missionaren und unter den Indianern durch gemeinsame Konferenzen und Treffen, wie z. B. der Versammlung der Kaziken und Indianerführer in Ijuí, Rio Grande do Sul, im April 1977, an dem auch Vertreter verschiedener Kirchen teilnahmen. Aus Analyse und Diskussion müßten allerdings klare Konsequenzen gezogen werden. Daß es dabei z. B. in Brasilien zu Auseinandersetzungen mit dem staatlichen Indianerschutzdienst FUNAI und Großgrundbesitzern komme, müsse als Konsequenz gesehen werden. Die Ermordung der Missionare P. Lunkenbein und P. Burnier (vgl. HK, Februar 1977, 57) sei für das Volk ein Zeichen der *Solidarisierung* und ein Zeichen der Hoffnung geworden. Man müsse mit weiteren Opfern in diesem Bereich rechnen. Aber durch das Blutzugnis gewinne der begonnene Dialog mit dem Indianer, dem Opfer seit der Ankunft der Weißen, eine neue Dimension. Das brasilianische Innenministerium, dem der staatliche Indianerschutzdienst FUNAI untersteht, machte Anstrengungen durch die wirtschaftliche Entwicklungsgesellschaft SUDAM, den Amazonasraum mit allen Mitteln den großen Wirtschaftsunternehmen zugänglich zu machen. Der Landraub an den Indianern sei dabei logische Konsequenz der sogenannten Integrationspolitik im brasilianischen Fortschrittsmodell. Die katholische Kirche Lateinamerikas sollte in ihre Pastoralkonzeption, wie sie sich zunächst in den Dokumenten von Medellín niedergeschlagen hatte, auch die Indianerfrage bewußt und deutlich mit einbeziehen. Die diesjährige Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Puebla müsse den Problemkreis „Indianer“ endlich als einen wesentlichen Beitrag der Basis zur Pastoral deutlich machen.

Wie im katholischen Raum, so ist auch in den evangelischen Missionen die Haltung nicht immer einheitlich. Die evangelischen Missionen, die mit dem ökumenischen Rat der Kirchen verbunden sind, entkamen mit ihren Projekten nicht immer dem „brasilianischen Modell“. Hier gibt es aber Hoffnungen zu einem gemeinsamen Weg und Handeln. Ein gemeinsamer Weg zwischen evangelischen und katholischen Kirchen wird zur Zeit noch von Impulsen aus Europa abhängen. Hier wäre auch ein wichtiger

Ansatzpunkt für die Diskussion um die zu ziehenden Konsequenzen dieser Tagung.

Die spontan aus dem Plenum entstandene Resolution vieler Teilnehmer der Arbeitstagung, in der Bodenspekulation und Landkäufe in lateinamerikanischen Ländern, an denen auch Deutsche beteiligt sind, verurteilt werden,

muß sicherlich als ein Zeichen der Solidarität für die lateinamerikanischen Gesprächspartner gesehen werden. Sie zeigt, wie überzeugend und engagiert die Referenten vorzutragen wußten. Gleichzeitig ist es aber auch eine Verstärkung der Forderung, Kirchen, Institutionen und Politiker für die Probleme der indianischen Bevölkerung zu interessieren.

Osmar Gogolok

Dokumentation

Terrorismus, Menschlichkeit und Kirche

Aus Silvesteransprachen an der Jahreswende 1977/78

Aus den kirchlichen Weihnachts- und Silvesteransprachen um die Jahreswende 1977/78 haben wir zwei ausgewählt, die aus je verschiedenen Perspektiven uns besonders aufschlußreich zu sein schienen: die Silvesterpredigt Kardinal Ratzingers im Münchner Liebfrauenturm und die Ansprache von Kardinal

König zu Silvester im österreichischen Fernsehen und Rundfunk. Die Predigt Kardinal Ratzingers ist um die auf die Erzdiözese München bezogene Einleitungs- und um die Schlußpassage gekürzt. Die Ansprache Kardinal Königs geben wir im vollen Wortlaut wieder.

Kardinal Ratzinger: Die Signatur des Jahres

Was war im vergangenen Jahr? Wenn wir über die Grenzen unseres Bistums hinausschauen, sind es wohl zwei sehr gegensätzliche Erfahrungen, die das Gesicht von 1977 in unserem Erinnern prägen. Da gibt es zunächst am Ende dieses Jahres einen Hoffnungs-schimmer, der so unerwartet und erstaunlich ist, daß wir ihn noch kaum zu glauben wagen: erste Schritte in Richtung eines realen Friedens im Heiligen Land. Bei allen verbleibenden Unsicherheiten ist es beeindruckend, wie hier um des Friedens willen der Versuch gewagt wird, auf beiden Seiten nationale Interessen zu überschreiten, die bislang als unabdingbar galten. Es scheint mir auch kein Zufall, daß solches Mühen entscheidend von zwei Männern getragen wird, für die der lebendige Gott eine Wirklichkeit ist. Als Ministerpräsident Begin sein Amt antrat, war die Welt bestürzt, weil er als konservativ und orthodox geschildert wurde, was beides vor dem Zeitgeist Schimpfwörter geworden sind. Noch ist es nicht möglich, Einstellung und Leistung dieses Mannes definitiv zu beurteilen. Aber eines sollte uns ganz unabhängig davon wieder deutlich werden: Es gibt zwei Arten von Konservativität, die eine, die nur gewordene Interessen und Zustände verteidigen will; die andere glaubt an eine letzte Bindung des Menschen, sie glaubt an Gott, den wir nie überholen und nie durch eigene Leistungen ersetzen können. Solches Festhalten am Letzten, Unwiderruflichen aber macht den Menschen gerade frei, seine Interessen zurückzustellen um der größeren Verantwortung willen, die auf ihm liegt. Es gibt gewiß einen falschen Gebrauch der Religion, die zur Tarnung und Fixierung eigener Interessen verwendet werden kann. Aber wo wahrhaft der Glaube am Werk ist, da stehen Kräfte des Friedens und der Menschlichkeit auf. Die großen Kräfte der Versöhnung in der Geschichte sind immer von den großen Glaubenden gekommen,

und die Verwüstungen der Geschichte waren immer das Ergebnis des Glaubenszerfalls, der emanzipierten Eigenmacht, die sich keinem Gott mehr verantwortlich wußte.

Damit sind wir schon bei der zweiten Signatur dieses Jahres angelangt, die uns Deutschen viel näher auf den Nägeln brennt. Sie heißt: Terror. Wir leben in dem Jahr, in dem drei Polizisten und ein Chauffeur auf einer Kölner Straße kaltblütig niedergeschossen wurden. Wir leben in dem Jahr, in dem Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer von jungen Menschen umgebracht wurden, die sich dabei als Vollstrecker politischer Ideale, als die Propheten einer besseren Gesellschaft verstanden. Wir leben in dem Jahr, in dem ein Anschlag in der rechtswissenschaftlichen Abteilung der Freien Universität Berlin mitteilte, daß „Ponto gebuback“ worden sei. Wir leben in dem Jahr der Selbstmorde von Stammheim, jenes verzweifelten Protests, der das menschliche Leben in sich und in den anderen als häßlich und verabscheuenswert empfindet. Nur der Abgrund an Verzweiflung, der hier sichtbar wird, kann den Abgrund der Grausamkeit und Menschenverachtung erklären, der sich vor unseren erschreckten Augen aufgetan hat. Dies sind Alarmzeichen, die uns alle warnen und die uns alle angehen. In den Tagen der dramatischen Ereignisse las ich zufällig die Erinnerungen eines großen deutschen Gelehrten, der 1926 das Wüten faschistischer Schlägertrupps in Rom erlebte und berichtet, er habe sich damals voller Stolz gedacht, derlei könne in Deutschland nie geschehen. Zehn Jahre später mußte er aus Deutschland in den Vatikanstaat fliehen, weil ihm nun eine viel konsequenterere, gründlichere und überlegtere Unmenschlichkeit das Bleiben in der Heimat unmöglich machte. Wir haben uns noch vor kurzem sehr pharisäisch-gönnerrhaft